

Die Lobbypolitik der Aliyew-Regierung und DieLinke

Posted on 28. Mai 2012 by Toros Sarian

„Schande ist ein revolutionäres Empfinden“ (Karl Marx)

Im Vorfeld des in Baku ausgetragenen „Eurovision Song Contest“ richtete sich das Interesse der Medien auf die Verhältnisse in der Republik Aserbaidschan, einem Land, über das wenig bekannt war. Die Berichte von Menschenrechtsorganisationen über die dort herrschenden undemokratischen Verhältnisse, die Unterdrückung von Oppositionellen und die Einschränkung der Pressefreiheit fanden nie besondere Beachtung. Die Regierung des aserbaidsschanischen Präsidenten İlham Aliyew präsentiert sich als säkularer, moderner, westlich orientierter Staat. Damit die ganze Welt dies auch so wahrnimmt, hat sie in den vergangenen Jahren viel Geld für Lobbyaktivitäten und Imagekampagnen ausgegeben und dies nicht ohne Erfolg: Aliyew hat so z. B. auch in Deutschland Freunde in unterschiedlichen politischen Lagern gefunden.

Aserbaidschan: Ein Besitztum der Aliyews?

Aserbaidschan ist einer der postsowjetischen Staaten, die über Öl- und Gasvorräte verfügen. So wie in Russland, Kasachstan oder Turkmenistan bilden die Einnahmen daraus die materielle Grundlage der neuen Elite. Die politische Macht befindet sich oft in den Händen derselben Personen, die bereits in der Sowjetzeit eine Führungsposition in der KP hatten.

Haydar Aliyew, der Vater des heutigen Präsidenten İlham Aliyew, gehörte vor dem Zerfall der Sowjetunion der Führung der KPdSU an. Sein Aufstieg begann 1944 beim KGB in der Sowjetrepublik Aserbaidschan. 1964 wurde er stellvertretender Chef des KGB. Drei Jahre später übernahm er schließlich die Leitung des KGB Sowjetaserbaidschans. Anschließend wurde er zum 1. Sekretär der dortigen KP ernannt. Eine wichtige Beförderung, die er Breschnew verdankte. Haydar Aliyews Aufstieg im Partei- und Staatsapparat erreichte seinen Höhepunkt, als er Mitglied des Politbüros der KPdSU und stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats der Sowjetunion wurde. Mit der Perestroika begann seine Entmachtung. Ihm wurde

vorgeworfen, in Sowjetaserbajdschan ein System von Korruption und Vetternwirtschaft errichtet zu haben. Er musste 1987 von seinen Posten im Ministerrat und im Politbüro zurücktreten.

Aliyews Ende schien damit besiegelt, aber mit dem Zerfall der Sowjetunion änderte sich die Lage. Im Südkaukasus eskalierte der Konflikt um das Autonome Gebiet Berg-Karabach, dessen überwiegend armenische Bevölkerung sein Selbstbestimmungsrecht einforderte. Der aserbajdschanischen Regierung gelang es nicht, den Widerstand der armenischen Bevölkerung niederzuschlagen. Während die ganze Aufmerksamkeit auf den dortigen Konflikt gerichtet war, bereitete Aliyew unbemerkt seine Rückkehr an die Macht in Baku vor.

Aus der Sowjetrepublik war im Oktober 1991 die Republik Aserbajdschan hervorgegangen. Aliyew hatte unter den ehemaligen Mitarbeitern des KGB und Funktionären der KP ihm treu ergebende Gefolgsleute. Während der Konflikt um Berg-Karabach seinen Höhepunkt erreichte, wurde Aliyew 1993 mit 98 % der Stimmen zum Präsidenten Aserbajdschans gewählt. Er konnte die Niederlage im Krieg gegen Berg-Karabach auch nicht abwenden und musste im Mai 1994 einem Waffenstillstandsabkommen zustimmen. Aliyew konnte sich trotzdem weiter an der Macht halten und wurde 1998 wiedergewählt. Als er im Dezember 2003 in einer Klinik in Cleveland in den USA starb, stand sein Nachfolger bereits fest: sein Sohn Ilham.

Die von der OSZE als „nicht frei und unfair“ bewertete Präsidentschaftswahl im Oktober 2003 gewann der 41-jährige Ilham Aliyew. Auch die Folgewahl entschied er für sich. Laut Verfassung war eine dritte Wahl aber nicht mehr möglich. Parlament und Verfassungsgericht ebneten ihm den Weg für die Fortsetzung seiner Herrschaft, indem sie im Dezember 2008 mit einer Verfassungsänderung die Begrenzung auf zwei aufeinander folgende Amtsperioden aufhoben. Um sich noch zusätzliche Legitimation zu verschaffen, ließ er von seiner Regierungspartei „Neues Aserbajdschan“ ein „Referendum“ durchführen, mit der – wie erwartet – die Verfassungsänderungen bestätigt wurden. Somit steht einer erneuten Wahl Aliyews eigentlich nichts mehr im Wege.

Eine Besonderheit des Machtgefüges in Aserbajdschan ist die Rolle der Präsidentengattin Mehriban, die von einem türkischen Wirtschaftsmagazin zur „Best First Lady“ gewählt wurde. Sie leitet die Haydar-Aliyew-Stiftung, ist „Goodwill Botschafterin“ der UNESCO, Mitglied des Nationalen Olympischen Komitees Aserbajdschans und Parlamentsabgeordnete der Regierungspartei „Neues

Aserbaidshjan“. Frankreich verlieh ihr den Offiziersrang der Ehrenlegion und die UNESCO die Mozart-Goldmedaille. Ihr wurde auch die Leitung des Organisationskomitees für die Austragung des ESC anvertraut. Ihre Verwandten bekamen Posten im Staatsapparat und in der Wirtschaft: Ihr Onkel Hafiz Paschajew ist seit 2006 stellvertretender Außenminister, ihr Vater Arif Paschajew leitet die Nationale Luftfahrtakademie. Zum Wirtschaftsimperium der Paschajews gehören die „Pasha Holding“ mit Versicherungs-, Bau- und Reiseunternehmen sowie die „Pasha Bank“.[1] Beim Bau der „Crystal Hall“, wo die ESC ausgetragen wurde, verdienten die Aliyews kräftig mit. Den Auftrag für den Bau erhielt die „Alpine Bau Deutschland AG“, ein bei München ansässiges Unternehmen.[2]

In einem Land, das dank seiner Öl- und Gasvorräte einen rapiden Wirtschaftsboom erlebte, boten sich für die Oligarchen – vor allem aber für die Präsidentenfamilie – Möglichkeiten der grenzenlosen Bereicherung. Der US-Botschafter in Baku berichtete nach Washington: „Beobachter in Baku notieren oft, das heutige Aserbaidshjan werde in einer ähnlichen Weise beherrscht, wie Europa in Zeiten des Feudalismus im Mittelalter“.[3] In einem Bericht wurde Präsident İlham Aliyev mit Michael und Sonny Carlone aus dem Mafia-Film „Der Pate“ verglichen.

„Eine sehr professionelle Lobbypolitik“

Die Aliyew-Regierung unterscheidet sich von denen in anderen autoritären, undemokratischen postsowjetischen Staaten hauptsächlich dadurch, dass sie viel Geld in Lobbyaktivitäten investiert. Einerseits geht es darum, die Sicht von Öffentlichkeit und Politik zum Konflikt um Berg-Karabach in ihrem Sinne zu beeinflussen. Andererseits will sie sich gegenüber dem Westen als ein moderner, demokratischer und säkularer Staat präsentieren.

Eine Schlüsselfigur in den Lobbyaktivitäten für die aserbaidshjanische Regierung ist Hans-Erich Bilges, ein ehemals Mitglied der „Bild“ Chefredaktion, der die PR-Agentur „Consultum Communications“ leitet. Seine Aufgabe sieht Bilges darin, „beim Transformationsprozess Aserbaidshjans in Richtung Westen mitzuhelfen“. Ex-Außenminister Genscher ist Ehrenvorsitzender im Beirat der „Consultum Communications“, Ex-Wirtschaftsminister Michael Glos ist Beiratsmitglied.[4]

Anlässlich des 20. Jahrestags der Unabhängigkeit Aserbaidshjans fand im Oktober 2011 im Deutschen Historischen Museum in Berlin eine große Feier statt. Unter den über 700 Gästen waren auch Hans-Dietrich Genscher, Otto Schily, Michael Glos und

die damalige First Lady Bettina Wulff. Der Tagesschau-Sprecher Jens Riwa moderierte die Veranstaltung und verkündete, dass die Haydar-Aliyew-Stiftung 50.000 EUR für den Wiederaufbau des Berliner Stadtschlusses gespendet habe.

Aber offenbar agierten die im Dienste Bakus tätigen PR-Experten in Deutschland auch etwas übereifrig: Die pompöse Veranstaltung in Berlin weckte in deutschen Medien misstrauische Aufmerksamkeit. Selbst in den Springer-Medien, die sich sonst nicht durch kritische Berichterstattung über autoritäre Regierungen hervortun, wurde darauf verwiesen, dass „Aserbajdschan für Menschenrechtsverletzungen berüchtigt“ sei. Aber gerade diese Tatsache dürfte eines der Gründe sein, warum im Ausland solche teuren Feiern organisiert wurden. „Eine sehr gezielte und sehr professionelle Lobbypolitik“ nannte Markus Löning, der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, die Aktivitäten der Aliyew-Regierung.[5] In der FDP, der oft vorgeworfen wird, sie sei eine Lobbyistenpartei, gab es Empörung: „Es grenzt an Dreistigkeit, wie Aserbajdschan hier agiert. Eine derartige Lobbyarbeit geht weit über das Vertretbare hinaus“, befand die Bundestagsabgeordnete Marina Schuster.[6]

Im Business-Class zur Feier nach Baku

Auf die Frage, ob er an der Feier im Deutschen Museum teilgenommen hätte, antwortete Markus Löning, der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, „Ich wäre nicht hingegangen“. Sein Fraktionskollege Michael Glos nahm aber nicht nur an der Feier in Berlin teil: Im September 2011 flog er gemeinsam mit seinem Fraktionskollegen Karl-Georg Wellmann und dem Abgeordneten der Linkspartei, Stefan Liebich im Business-Class nach Baku, um auch dort die Unabhängigkeit Aserbajdschans zu feiern. Für den Ex-Wirtschaftsminister und seinen Fraktionskollegen Wellmann war die Einladung nach Baku vermutlich nichts Außergewöhnliches. Ein ganz neues Erlebnis war es vermutlich für Stefan Liebich, den 30-jährigen linken Bundestagsabgeordneten aus Wismar. Die Strategen der Lobbypolitik Aserbajdschans agieren sehr pragmatisch und frei von „ideologischen“ Vorbehalten. Mit Glos und Liebich wurden Bundestagsabgeordnete aus zwei gegensätzlichen politischen Lagern zur Unabhängigkeitsfeier nach Baku eingeflogen. Es sollte sich schon sehr bald zeigen, dass Liebich die Erwartungen der Aliyew-Regierung erfüllte.

Nach der Feier bei Aliyew ein Antrag im Bundestag

Die Feierlichkeiten in Baku – vielleicht auch die Rede des Präsidenten – müssen Stefan Liebich tief beeindruckt haben. Aber er hat seinen Genossinnen und Genossen in Berlin vermutlich nicht vom Luxus-Hotel und vom Gala-Diner mit Präsident Ilham Aliyew berichtet. Im November 2011 brachte die Linksfraktion im Bundestag den Antrag „Menschenrechte und Demokratie in den Staaten des Südkaukasus fördern“ ein. Darin wurden die Defizite im Bereich der Demokratie und Menschenrechte in den dortigen Staaten kritisiert. Während aber in dem Antrag ausführlich und anhand von zahlreichen konkreten Beispielen die Lage in Georgien und Armenien beschrieben wurde, ist der Teil über die Einschränkung der Menschenrechte in Aserbaidschan auffällig knapp gehalten. Obwohl sechs Jahre vergingen, bis dort die Behörden Anfang 2012 wieder eine Demonstration – zumindest am Stadtrand von Baku – erlaubten und obwohl bei der letzten Parlamentswahl kein oppositioneller Kandidat gewählt wurde, fiel der Linksfraktion zur Lage bei den bürgerlichen und politischen Menschenrechten nicht viel ein: „Demonstrationen in der Innenstadt von Baku werden von den Stadtbehörden weiterhin nicht genehmigt. Die Gründung oppositioneller und unabhängiger Medien ist deutlich eingeschränkt. Gegen einige regierungskritische Journalisten und Blogger wurden mehrjährige Haftstrafen verhängt“. Nicht die Menschenrechtsverletzungen, die Einschränkung der Pressefreiheit und die gewaltsame Unterdrückung der Opposition, sondern die Korruption war nach Ansicht der Linksfraktion das „innenpolitische Hauptproblem Aserbaidschans.“ Auffällig ist, dass gleich nach diesen wenigen Sätzen mit milder Kritik gleich deutliches Lob geäußert wird: „Hervorzuheben sind demgegenüber die Freiheit der Religionsausübung sowie die hohe gesellschaftliche Toleranz gegenüber Minderheiten in dem mehrheitlich muslimisch geprägten Land. Die Glaubensangehörigen der drei monotheistischen Weltreligionen leben hier friedlich zusammen.“

Im Human Rights Watch Jahresbericht 2012 heißt es hingegen: „Die Regierung verschärfte die Einschränkungen und Auflagen für Religionsgemeinschaften. Sie erhöhte die Bußgelder für unerlaubte religiöse Aktivitäten drastisch und verpflichtete alle religiösen Gruppen, Versammlungen im Voraus behördlich genehmigen zu lassen. Im Juni löste die Polizei ein privates Treffen von 40 Zeugen-Jehovas-Mitgliedern in Ganja auf. Einige Teilnehmer wurden bis zu zehn Stunden lang festgehalten und befragt. Gegen drei von ihnen wurden Bußgelder wegen Verstößen gegen die Bestimmungen für religiöse Zusammenkünfte verhängt. Am

selben Tag führte die Polizei in der Baptistengemeinde von Sumgait eine Razzia durch und warnte ihren Vorsteher davor, Gottesdienste ohne staatliche Genehmigung abzuhalten. Die Zeugen-Jehovas-Gemeinde in Ganja hat seit Juni 2010 bereits zweimal erfolglos versucht, sich offiziell registrieren zu lassen. Im Dezember 2010 verbot die Regierung das Tragen von Kopftüchern in Schulen und Universitäten. Daraufhin brachen Tausende Frauen und Mädchen ihre Ausbildung ab. Im Oktober verurteilte ein Gericht fünf Personen wegen der Planung unangemeldeter Proteste und wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt bei einer Demonstration im Mai zu Freiheitsstrafen von bis zu zweieinhalb Jahren.“[7]

Sozialprogramme und Umverteilungspolitik: Aserbaidshan auf dem Weg zum Sozialismus?

Während die Linksabgeordneten im Gegensatz zu internationalen Menschenrechtsorganisationen an den Zuständen in Aserbaidshan nur wenig zu kritisieren hatten, lobten sie ausführlich die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Aliyew-Regierung. Mit „umfangreichen Sozialprogrammen“ und einer „staatlichen Umverteilungspolitik“ habe sie den „Souveränitätsanspruch über die wirtschaftliche Entwicklung“ des Landes verteidigen können. Bei so viel Lob drängt sich der Verdacht auf, dass ein für Propagandafragen zuständiger Beamter im aserbaidshanischen Außenministerium bei der Formulierung mancher Passagen des Antrags der Linksfraktion geholfen haben könnte. In dem Antrag wird behauptet: „Aufgrund der hohen wirtschaftlichen Dynamik und staatlichen Umverteilungspolitik hat sich die positive Entwicklung bei den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechten beschleunigt. Mit den hohen Einnahmen aus dem Erdöl- und Erdgasexport, massiven öffentlichen Infrastrukturinvestitionen und dem staatlichen Programm zur Entwicklung der Regionen wurden bei einer Gesamtzahl von ca. 4,6 Millionen Erwerbsfähigen (die Gesamtbevölkerungszahl beträgt ca. 9 Millionen) seit 2004 rund 900 000 neue Vollzeit Arbeitsplätze geschaffen. Der Anteil der Armutsbevölkerung konnte seit 2001 von 49 Prozent auf 9 Prozent gesenkt werden.“

Ein ganz anderes Bild der sozialen und wirtschaftlichen Lage zeichnet Klaus-Helge Donath in der „taz“: „Der Lebensstandard der breiten Masse stieg kaum. Auch die Arbeitslosigkeit wurde nicht bekämpft. Offiziell liegt sie bei 20 Prozent. Tatsächlich dürfte sie weit höher ausfallen, wenn auch jene Arbeitsemigranten einbezogen würden, die in Russland arbeiten. Aserbaidshan ist ein typischer Petro-Staat, dessen Elite aus Rentiers besteht, die alle übrigen lukrativen Wirtschaftsbereiche

unter sich aufteilt. Diese korrupte Elite ist weder an einer Diversifizierung der Wirtschaft interessiert, noch wird sie eine Demokratisierung des politischen Systems zulassen. Denn mit der Preisgabe der Macht würde sie auch den Zugriff auf den Energiesektor verlieren.“[8]

Dass nicht jedes Fraktionsmitglied sich die Mühe macht, die von Genossinnen und Genossen initiierten Anträge durchzulesen, ist verständlich. Es wird darauf vertraut, dass die zuständigen „Experten“ in der Fraktion sich mit dem Thema des Antrags befassen haben: Jan van Aken, Wolfgang Gehrke und Sevim Dagdelen, die wie Stefan Liebich dem Auswärtigen Ausschuss angehören, oder Katrin Werner und Annette Groth, im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe. Sie hätten sich anhand der Berichte von Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International, Reporter ohne Grenzen [9] über die Menschenrechtslage in Aserbaidschan informieren können: „Das Recht auf freie Meinungsäußerung wurde 2009 noch weiter eingeschränkt. Die Gesetze zum Verbot von Folter und anderen Misshandlungen und ihre Anwendung entsprachen nicht den internationalen Standards; so wurden z. B. Foltervorwürfe nicht untersucht“, heißt es in einem Bericht von Amnesty International.[10] Und Human Rights Watch kommt zu dem Ergebnis, dass die Menschenrechtslage in Aserbaidschan sich 2011 sogar verschlechtert habe: „Die Regierung schlug jegliche Art von Protest nieder und ließ Dutzende Jugendliche nach unfairen Gerichtsverfahren inhaftieren“.[11]

In dem Bericht wurden auch die Folgen der im Antrag der Linksfraktion als „massive öffentliche Infrastrukturinvestitionen“ gelobten Maßnahmen beschrieben: „Seit 2009 hat die Stadtverwaltung von Baku im Rahmen der „Stadtverschönerung“ Hunderte Bewohner teilweise gewaltsam zur Aufgabe ihrer Wohnungen gezwungen und ihre Häuser abreißen lassen. Wohnungseigentümer wurden häufig weit unter Marktwert entschädigt und verfügten nur über begrenzte Möglichkeiten, um sich auf dem Rechtsweg gegen die Bescheide zur Wehr zu setzen. Zwangsenteignungen wurden auch zur Schikanierung von Menschenrechtlern eingesetzt.“ [12]

Die „Stadtverschönerung“ bot der Aliyew-Regierung einen Vorwand, um im Januar 2009 das politisch bedeutendste Denkmal der Stadt zu beseitigen: das Denkmal für die 26 Kommissare. Im Sommer 1918 war in Baku eine kurzlebige Kommune errichtet worden. Nach dem Sturz der revolutionären Regierung unter der Führung des armenischen Kommunisten Stephan Schaumjan, wurden die 26 Kommissare hingerichtet. Mit der Beseitigung des Denkmals sollte die Erinnerung an die zahlreichen armenischen, jüdischen und georgischen Revolutionäre, die in der Kommune von Baku eine herausragende Rolle gespielt hatten, ausgelöscht werden.

[13]

Ein linker Lobbystrategie der Türkei

Die Linkspartei kritisiert immer lautstark die Doppelstandards und Heuchelei der anderen Parteien, wenn es um Menschenrechtsfragen geht. Warum aber betreibt sie Schönfärberei im Fall des autoritären Staates unter der Herrschaft Aliyews, den NATO und EU als einen „strategischen Partner“ betrachten? Um die Haltung der heutigen Linksfraktion zu verstehen, ist ein Rückblick auf das Jahr 2005 notwendig: Wenige Monate vor der Bundestagswahl 2005 verließ Prof. Hakki Keskin, der in Hamburg lebende Vorsitzende der „Türkischen Gemeinde Deutschlands e.V.“. Dem Ex-Bürgerschaftsabgeordneten in Hamburg, der seit über 30 Jahren SPD-Mitglied war, hatte Lothar Bisky, der damalige Vorsitzende der PDS/DieLinke, ein Abgeordnetenmandat im Bundestag angeboten.

Innerhalb der Partei gab es Bedenken gegen eine Nominierung Keskins, der als türkischer Nationalist und Leugner des Völkermords an den Armeniern bekannt war. Mehr noch: Keskins politische Aktivitäten waren ab 1990 eng verknüpft mit der Lobbypolitik Ankaras. Das durch den Militärputsch vom 12. September 1980 beschädigte Image der Türkei musste verbessert, die Anerkennung des Völkermords an den Armeniern verhindert, die völkerrechtliche Anerkennung des besetzten Nordzypern durchgesetzt und Aserbaidshan im Kampf gegen die Armenier unterstützt werden. Kaum ein türkeistämmiger Politiker in Deutschland war für diese Aufgaben geeigneter als der damalige SPD-Politiker und Hochschulprofessor Hakki Keskin.

Aber Bisky setzte sich über alle Bedenken hinweg. Es ging ihm darum, möglichst viele „prominente“ SPD-Politiker in die PDS/DieLinke zu transferieren und die Stimmen türkeistämmiger Wähler zu gewinnen. Als Bundestagsabgeordneter der Linksfraktion übernahm Keskin – wie konnte es anders sein – die Zuständigkeit für den Südkaukasus. Der „Südkaukasus-Experte“ der Linksfraktion wurde nach seinem Ausscheiden aus dem Bundestag Vorsitzender der „Türkisch-Aserbaidshanische Vereinigung in Deutschland e.V.“.

Heiko Langner, sein wissenschaftlicher Mitarbeiter, erhielt einen Job im Büro der Abgeordneten Katrin Werner. Im Oktober 2010 reiste Langner nach Aserbaidshan. Am 21.10.2010 – also wenige Tage nach dem Unabhängigkeitstag Aserbaidshans – veröffentlichte „Neues Deutschland“ unter dem Titel „Selbstbewusster

Kaukasustiger“ einen langen Text Langners.[14] Auf die massiven Menschenrechtsverletzungen im „Tigerstaat“ Aserbaidtschan ging der wissenschaftliche Mitarbeiter der für Menschenrechtsfragen zuständigen Linksabgeordneten nicht ein. Für die Alijew Regierung hatte sich Langner als Aserbaidtschan-Experte bewährt und durfte im Februar 2011 als Referent auf einer Tagung des „Deutsch-Aserbaidtschanische Forum e.V.“ auftreten.

Die Position der Linksfraktion zu Aserbaidtschan zeigt, wie „nachhaltig“ Keskins Einfluss bis heute geblieben ist. Aber offenbar machen sich die Abgeordneten darüber keine Gedanken. Dass sie so ihre eigene Glaubwürdigkeit in Menschenrechtsfragen verspielen, scheint sie auch nicht zu interessieren.

[1] <http://www.guardian.co.uk/world/us-embassy-cables-documents/245758>

[2]
http://www.rferl.org/content/azerbaijan_first_family_build_eurovision_arena/24575761.html

[3] <http://www.guardian.co.uk/world/us-embassy-cables-documents/245758>

[4] Der Spiegel, 1/2012

<http://www.welt.de/politik/article13636352/Postkartenidyll-mit-Menschenrechtsverletzungen.html>

[6] Der Spiegel, 1/2012

[7]
<http://www.hrw.org/de/world-report-%5Bscheduler-publish-yyyy%5D/world-report-2012-aserbaidtschan>

[8] <http://www.taz.de/Politische-Lage-in-Aserbaidtschan/!93615/>

[9]
http://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/rte/pics/Pressemitteilungen/120524_ROG-Bericht_Aserbaidtschan.pdf

[10] Amnesty International Bericht 2010

[11]

<http://www.hrw.org/de/world-report-%5Bscheduler-publish-yyyy%5D/world-report-2012-aserbaidshan>

[12]

<http://www.hrw.org/de/world-report-%5Bscheduler-publish-yyyy%5D/world-report-2012-aserbaidshan>

[13] Unter den 26 ermordeten Kommissaren befanden sich 7 Armenier: Tatewos Minassowitsch Amirjan, Arsen Minassowitsch Amirjan, Bagdassar Airapetowitsch Awakjan, Armenak Artjomowitsch Borjan, Aram Martirossowitsch Kostandjan, Suren Grigorjewitsch Ossepjan, Stepan Georgijewitsch Schahumjan,

[14]

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/182344.selbstbewusster-kaukasustiger.html>